

Es tut mir leid, daß Sie Giebe überhaupt ein Briefchen beilegte und er wie Becker nun weiß, daß Sie hinter der Geschichte stecken; Giebe wird nun auch die Adresse, für die wir uns nun doppelt anstrengen werden, als von Ihnen gewünscht und hervorgerufen betrachten, und das ist immerhin nicht gut. Der Rückgabe des Martinyschen Briefes suchte er heute unter allerlei nichtigen Vorwänden auszuweichen, zuletzt sagte er, daß er das Manuskript nicht wiederfinden könne und will es bis morgen wohl wiedergefunden haben.

Ich fürchte bei der allgemeinen Niederträchtigkeit der liberalen Blätter, daß Martiny auch mit unserer Adresse nicht viel wird anfangen und sie am Ende nicht einmal wird drucken lassen können; und stände in diesem Falle nicht eine gerichtliche Verfolgung der Unterzeichner zu erwarten? Ich frage letzteres am allerwenigsten, weil wir davon die Unterzeichnung würden abhängig machen lassen, sondern nur wie Sie schon denken können, aus Vorsicht, um nämlich für diesen Fall behutsam damit zu Werke zu gehen, auf daß der Plan nicht im Keime durch Denunzianten vermittelst der Polizei erstickt wird . . .

66.

GUSTAV LEWY AN LASSALLE. (Original.)

Düsseldorf, 16./17. Februar 1863.

Werter Herr Doktor!

Trotzdem keine einzige Zeitung (auch die „Kölnische“ nicht) berichtet, daß der Brief Martinys in der Kammer verlesen wurde, wie Sie mitteilen, die meisten vielmehr gerade das Gegenteil behaupten, wovon Sie sich durch einliegende Depesche der „Rheinischen Zeitung“, welche ich schwarz angestrichen, überzeugen können, trotzdem auch die „Bergische Zeitung“ schrieb, daß Grabow<sup>1)</sup> mitgeteilt, „der Abgeordnete Martiny habe in einem ausführlich motivierten Schreiben sein Mandat niedergelegt“, so habe ich nichtsdestoweniger dieser letzteren Zeitung und der „Krefelder Zeitung“ das Schreiben zum Abdruck übermittelt und werde den Versuch gleichfalls nicht scheuen, es auch in die „Düsseldorfer Zeitung“, deren Redakteur heute nicht zu Hause war, zu bringen. Aber wenn auch kein einziges Blatt hiesiger Gegend unsern desfallsigen Wunsch erfüllt, so steht doch so viel fest und stand auch fest, daß die Adresse an Martiny mit der gewünschten Anzahl Unterschriften in zirka acht Tagen abgeht. Um dies aber so schnell zu bewerkstelligen, bedurfte ich vor allem einer Kopie seines Briefes an Grabow, die wir von Giebe ohne Ihre Hilfe nicht erhalten konnten; weshalb Sie

<sup>1)</sup> Wilhelm Grabow, der Präsident des Abgeordnetenhauses. Siehe oben S. 37, Anm. 1.

den für diesen bestimmten Brief nicht beilegte, weiß ich noch immer nicht, ist mir jetzt auch zu wissen nicht mehr notwendig. Unter dem „Material“ zur Widerlegung Giebes verstand ich zunächst die Beantwortung der Frage, ob Martiny, wie Giebe behauptet, wirklich schon voriges Jahr ausscheiden wollte; sodann hätte ich auch gerne dasjenige, was dieser über das Äußere der Sache, über die Form, in der Martiny sein Mandat niederlegte und seinen Antrag gestellt, Tadelndes gesagt, bekämpft . . . Wie Sie übrigens dazu kommen, mir Schwachheiten vorzuwerfen, weil ich es bedauerte, daß Giebe, den ich für ein perfides, verräterisches Sujet halte, einen Brief von Ihnen in dieser Angelegenheit erhielt, begreife ich in der Tat nicht. Sie müssen doch so gut als ich einsehen, daß es einen weit besseren Eindruck machen muß und auch weit bedeutungsvoller erscheint, wenn Martiny aus eigenem Antriebe sein Mandat niedergelegt hat und wenn wir ihm aus eigenem Antriebe eine Adresse senden, als wenn alles dies als von Ihnen allein, der zuerst diesen Vorschlag zur Vertagung des Hauses öffentlich gemacht, hervorgerufen ist, um wie Giebe später, etwa beim Erscheinen der Adresse sagen dürfte, wenigstens einen kleinen Erfolg Ihres „Was nun?“ darlegen und durch solche Demonstrationen der Welt zeigen zu können. Ich habe mich schon gewundert, daß Giebe und Becker nicht jetzt schon Ihren Namen mit der Mandatsniederlegung Martinys in ihrer Weise in Verbindung gebracht haben, glaube aber ganz bestimmt, daß dies geschehen wird, sobald die Adresse an diesen bekannt wird. Abgesehen übrigens hiervon, hätten wir uns weit rascher mit der Adresse beschäftigen und auch den Abdruck des Briefes weit eher herbeiführen können, wenn dieser nicht in Giebes Händen geblieben wäre, und Sie es uns gleich überlassen hätten, ihn in die Blätter hiesiger Gegend, also auch in die „Rheinische Zeitung“ und sogar in diese zuerst zu bringen, was jetzt um so schwieriger und unwahrscheinlicher wird, wo die „Rheinische Zeitung“ dessen Mitteilung als gefahrbringend hinstellt, was beiläufig bemerkt auch die „Reform“ getan. Die „Reform“ weiß übrigens auch, daß sie den Brief hätte abdrucken dürfen, wenn er wirklich in der Kammer verlesen worden wäre, und würde es dann auch zweifelsohne getan haben.

Abschrift der Adresse nebst Unterschriften soll Ihnen gleichzeitig mit der Absendung an Martiny zugehen.

Der Vorsitzende des Kölner Handwerkervereins erklärte gleich bei Beginn des Provinzialarbeitertages, daß die Tagesordnung des Leipziger Arbeiterkongresses schon festgestellt sei, und als ich den Vorschlag machte, noch einmal, da die Zeit schon vorgerückt war, eine Provinzialarbeiterversammlung auf später auszuschreiben, um zu beschließen, was wir auf die Tagesordnung des Kongresses gebracht

wissen wollten, wenn derselbe von uns beschickt werden soll, trat Bürgers<sup>1)</sup> diesem Vorschlag entgegen, da er den Kongreß als überflüssig erachte, indem er die Hauptgegenstände seiner Tagesordnung als bereits allgemein anerkannt hinstellte, dagegen es für unmöglich hielt, daß der Kongreß politische Zwecke verfolge. Ich entgegnete, daß der Kongreß auch ohnedies praktische Zwecke verfolgen könne, z. B. den Austausch der Ansichten über die Einrichtungen bei den verschiedenen Assoziationen, über die geeignetsten Bildungsmittel usw., worauf dennoch, da wir in der Minorität waren, indem Bürgers zu viel Einfluß in Köln hat, natürlich gegen unseren Willen, beschlossen wurde, den Kongreß, insofern er an der aufgestellten Tagesordnung festhalte, nicht zu besuchen . . .

Düsseldorf, 17. Februar 1863.

. . . Bürgers steckt bis am Halse im Fortschrittsdreck und ist Mitarbeiter der „Rheinischen Zeitung“, die für ihre Zwecke, die sich alle, ohne Ausnahme lediglich ums Geldgewinnen drehen, auch ihn zu benutzen versteht. Damit soll aber doch nicht gesagt sein, daß ich Bürgers mit der „Rheinischen Zeitung“ und dem Fortschrittspack identifiziere, ich glaube vielmehr, daß Bürgers, wie Sie auch bei Ihrem letzten Hiersein als ziemlich gewiß annahm, später, wenn die Bewegung zu Taten übergeht, sich unserer Partei wieder vollständig zuwenden wird. Nur steht soviel fest, daß er jetzt über das Niveau der Fortschrittmänner und der „Rheinischen Zeitung“ nicht hinausgeht und nicht nur nichts unterstützt, was in deren Kram nicht paßt, sondern es geradezu unterdrücken hilft. Ich glaube nun zwar auch, daß der Arbeiterkongreß, wenn er überhaupt zustande kommt, nicht wohl Dinge wie z. B. eine Agitation für die Erringung des allgemeinen gleichen Wahlrechts wird auf die Tagesordnung setzen können, da die Polizei alsdann den Kongreß überhaupt nicht dulden würde. Hat doch die sächsische Polizei selbst Schulze-Delitzsch im Arbeiterverein zu Leipzig einen Vortrag zu halten nicht gestattet und ihm dies nur für den Nationalverein erlaubt. Dabei ist die Arbeiterbewegung zu einem Kongreß nach meinem Dafürhalten noch nicht reif genug. Es müßte zunächst eine neue Tagesordnung für denselben festgestellt und in den einzelnen Vereinen gründlich erörtert und besprochen werden, damit man mit der erforderlichen Klarheit und Schnelligkeit die Dinge im Kongresse selbst anfassen kann, nicht aber, wie Sie meinen, erst auf dem Kongresse neue Gegenstände beantragen. Wir, d. h. die hiesige Arbeiterpartei — als ich Ihnen neulich schrieb,

<sup>1)</sup> Für Heinrich Bürgers (1820—1878), das einstige Redaktionsmitglied der „Neuen Rheinischen Zeitung“ und Mitglied des Ausschusses des Kommunistenbundes, sowie für Lassalles Beziehungen zu ihm vgl. Bd. II, Einführung, S. 7 ff., und ebenda a. a. O.; passim. Siehe auch unten S. 126 f.

wir würden den Kongreß nicht beschicken, so verstand ich unter dem „wir“ den Provinzial-Handwerker- und Arbeitertag zu Köln, der aufs neue zusammentreten wird, sobald für den Kongreß eine andere Tagesordnung festgestellt wird — hatten uns übrigens schon von vornherein vorgenommen, auf alle Fälle ein Mitglied der Arbeiterpartei, womöglich Kichniawy, zum Kongresse gehen zu lassen. Da der hiesige Arbeiterverein nicht unter dem Vereinsgesetze steht und mithin sich als Verein um öffentliche Angelegenheiten nicht direkt kümmern darf, so wird er als solcher offiziell keine Deputation zum Kongresse abschicken können, vielmehr müßte dies unter der Hand geschehen. Das Vereinsgesetz würde auch dann hinderlich sein, wenn der Kongreß Politik behandeln soll, da nach dem Vereinsgesetz politische Vereine, als welche sich die meisten Arbeiter- und Handwerkervereine nicht betrachten dürfen, nicht miteinander in Verbindung treten dürfen. Freilich sind dies alles Dinge, woran wir hier uns nicht zu stoßen brauchen, ich fürchte aber, daß dies an manchen anderen Orten der Fall ist. —

Das Flugblatt werden wir wohl verbreiten, aber schwerlich zu sechs Pfennig verkaufen können; das sähe, da der Preis zu winzig ist, sehr schlecht aus, weil man gewohnt ist, Flugblätter gratis zu erhalten. Wir werden daher nötigenfalls eine Kasse bilden, woraus der Betrag dafür gedeckt werden soll. Von Dr. Bohres, dem Vorsitzenden des hiesigen Arbeitervereins, werden Sie dieser Tage ein Empfangs- und Dankschreiben für die dem Verein gesandte Verteidigungsrede erhalten. Dr. Bohres ist Gymnasialdirektor gewesen, jetzt pensioniert, er ist Doktor der Philologie und ein großer Verehrer von Ihnen, was auch mit ein Grund für uns war, ihn zum Präsidenten zu machen. — Ich erhalte mitunter, vermutlich auf Ihr Betreiben, Druckschriften aus Koburg, Nummern der daselbst bei Streit erscheinenden Arbeiterzeitung . . . Ich habe immer geglaubt und gehofft, Sie würden eine solche, wenn nicht eine noch größere Zeitung in Berlin herausgeben. Doch sehe ich wohl jetzt ein, daß Sie dazu keine Zeit hatten, es Ihnen wohl auch an Mitarbeitern fehlte. Die Zeitschrift „Über Land und Meer“ enthält einen famosen von E. Kossack geschriebenen Artikel über Sie und Ihren neuen Prozeß . . .

67.

OTTO DAMMER AN LASSALLE. (Original.)

Leipzig, 23. Februar 1863.

Sehr geehrter Herr!

Eine Kritik dessen, was Schulze-Delitzsch anpreist, erscheint uns allen so wichtig, daß wir Sie bitten möchten, den angekündigten Vortrag